



Interviews

29. Dezember 2024

Friedbert Meurer im Gespräch mit Katrin Göring-Eckardt, Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Meurer: Im Studio ist Friedbert Meurer. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am Freitag den Deutschen Bundestag aufgelöst auf Bitten des Bundeskanzlers. Am 23. Februar des nächsten Jahres wird es also wie erwartet Neuwahlen geben, ein wichtiges Datum natürlich auch für die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, für Katrin Göring-Eckardt vom Bündnis 90/Die Grünen. Hallo, Frau Göring-Eckardt, und herzlich willkommen zum Interview der Woche.

Göring-Eckardt: Herr Meurer, ich grüße Sie.

Meurer: Wir erinnern uns noch und Sie bestimmt auch an diese Aufbruchstimmung vor drei Jahren, die mit der Ampel verbunden war, mit den drei Fraktionen, SPD, Grüne, FDP. Und dann ist das alles zur unbeliebtesten Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt geworden. Wenn Sie zurückschauen auf dieses Jahr 2021, wie alles anfing, hätten Sie damals gedacht, es geht so schmachlich zu Ende?

Göring-Eckardt: Natürlich nicht, das hat ja niemand von uns gedacht, sonst hätten wir das gar nicht angefangen logischerweise. Es war nicht alles nur Honeymoon, das muss man sagen. Das waren ja schwierige Koalitionsverhandlungen zwischen sehr, sehr unterschiedlichen Parteien. Es ging um die Frage, geht es irgendwie weiter mit der Fossilität, machen wir wirklich Klimaschutz, ja oder nein. Es ging um Bürgerrechte, um vieles mehr. Ich persönlich, das werden Sie sich vorstellen können, hatte sowieso eine gewisse Skepsis. Ich hatte ja schon einmal versucht, unter anderem mit Christian Lindner, eine Koalition zu schmieden. Damals ist er dann, als wir eigentlich fertig waren, mit allem fertig waren, davongelaufen. Und deswegen war ich natürlich irgendwie skeptisch.

Meurer: Also das war eine Skepsis, die sich persönlich gegen Christian Lindner gerichtet hat?

Göring-Eckardt: Ja, in dem Fall schon. Das, was er damals gemacht hatte, war ja nicht so einfach, also nicht für die deutsche Politik, auch nicht für uns als Bündnisgrüne, für mich persönlich nicht. Und ich dachte so, hoffentlich hält es dieses Mal, hoffentlich bleibt er dann dabei. Und wir haben ja erlebt, dass diese Idee, sehr unter-

schiedliche Koalitionen, sehr unterschiedliche Parteien machen zusammen eine Koalition, das kann gut sein für das Land, dass die am Ende eben doch leider nicht getragen hat.

Meurer: Sie waren damals, glaube ich, Fraktionsvorsitzende vom Bündnis 90/Die Grünen. Haben Sie Robert Habeck, Annalena Baerbock jetzt vor drei Jahren gewarnt? Haben Sie gesagt: „Passt auf, das klingt nach Honeymoon, aber ich habe da andere Erfahrungen?“

Göring-Eckardt: Na ja, das haben die ja alle miterlebt und mitgesehen. Da musste man jetzt nicht warnen oder so was, sondern die Idee war ja, die beiden kleineren Parteien reden so gut miteinander, dass sie sich nicht von dem größeren Partner, von der SPD, über den Tisch ziehen lassen, und das verbindet auch. Ich glaube, der Gedanke, dass irgendwie Fortschritt, also wirklich Fortschritt, ich weiß nicht, Christian Lindner hat von Freiheitsenergie geredet, wenn er von erneuerbaren Energien sprach. Also es gab schon am Anfang den Gedanken, dass man das gut zusammen hinbekommen will.

Meurer: Da hat er eine Brücke bauen wollen mit diesem Ausdruck „Freiheitsenergie“.

Göring-Eckardt: Ja, und wir haben den übernommen, den Begriff, und haben gesagt, ja, genauso meinen wir das auch. Es geht um die Freiheit von Abhängigkeit von am Ende Putin. Das wurde ja dann eben allen in Deutschland klar. Es ging um das Ende der Abhängigkeit von fossilen Energien, die nicht immer, immer unendlich zur Verfügung stehen. Alles das hat ja eine Rolle gespielt.

Meurer: Es zeigen, Frau Göring-Eckhardt, viele mit dem Finger auf die FDP, auf dieses D-Day-Papier, von dem wir nicht wissen, wer hat davon alles gewusst. Aber trotzdem, ist es nicht besser so, wie es jetzt gekommen ist? Die Ampel ist vorbei, weil die Teile einfach nicht mehr zusammengepasst haben.

Göring-Eckardt: Ja, also wir haben ja auch erlebt, dass viele wirklich erleichtert waren, viele innen und viele außen.

Meurer: Sie auch?

Göring-Eckardt: Ja, ich war erleichtert, weil ich dachte, dieses Gezerre, das möchte niemand mehr sehen. Das möchte man selber nicht mehr erleben. Es ist ja wie in so einer Beziehung. Wenn es eigentlich gar nicht mehr geht, dann ist es besser, es ist zu Ende, wenn man die 27. Eheberatung hinter sich hat und feststellt, es ist immer wieder das gleiche Muster. Dann ist es, glaube ich, für alle erleichternd, für die Partner wie für die Kinder. Und so ähnlich ist das in der Politik wahrscheinlich auch.

Meurer: Wird es denn mit der CDU besser werden? Das ist ja im Moment jedenfalls die einzig denkbare Alternative.

Göring-Eckardt: Das weiß ich nicht, und ich glaube auch, dass wir aus den Zeiten, die vielleicht noch bis zur Mitte der 90er Jahre gereicht haben, wo man gesagt hat, es gibt so natürliche Koalitionen... Also damals war irgendwie rot-grün, war die natürliche Koalition, und man war total happy, dass 1998 das dann passiert ist und dachte, das ist es jetzt. Und dann hat man auch festgestellt, dann hatte man mit einem Gerhard Schröder zu tun, das war es dann doch nicht. Es gibt schwarz-grüne Koalitionen in Bundesländern. Wir haben auch versucht, welche auf der Bundesebene hinzubekommen. Es hängt total an den Personen, es hängt an der Zeit, es hängt daran, ob es einen gemeinsamen Willen gibt, ja oder nein. Und das hängt auch natürlich daran, ob man das, was notwendig ist, in der Zeit auch zusammen zustande bringt und ob man anständig miteinander umgeht.

Meurer: Es hängt immer an Personen, aber auch an Inhalten. Was sagen Sie zum Vorwurf, weil Sie eben von Freiheit sprachen, dass die Grünen gerade nicht Freiheit auf ihre Fahnen schreiben, sondern eine Verbotsparterie sind?

Göring-Eckardt: Also ich fand es immer schon extrem albern. Ich bin ja jemand, die schon vor 1989 in der Bürgerrechtsbewegung der DDR unterwegs war und dann für die Freiheit nicht nur auf die Straße gegangen ist, sondern mit vielen anderen gemeinsam auch etwas riskiert hat. Dass ausgerechnet meiner Partei vorgeworfen wird, sie würde anderen Leuten erklären, wie sie am besten zu leben haben, das hat mich immer schon geschmerzt. Jetzt haben sicherlich einige bei uns daran auch einen Anteil, die so nach dem Motto: „Es wäre doch besser für dich, wenn du das und das machst“, unterwegs sind, aber im Grunde genommen geht es darum, Freiheit zu erhalten, und zwar für alle, und nicht für ein paar wenige. Also man kann ja sagen, man empfindet ein Tempolimit als Verbot. Ich würde sagen, nein, erstens kommt man schneller an, wenn alle ungefähr gleich schnell fahren. Das wissen wir aus vielen anderen Ländern der Welt, und zweitens bedeutet es eben, deutlich weniger giftiges CO₂ in die Umwelt zu pusten. Und das wiederum bedeutet Freiheit für alle, weil die kommenden Generationen auch noch entscheiden können sollen, wie sie leben wollen.

Meurer: Da sagen ja andere, lass es doch per Freiwilligkeit machen. Bündnis 90, die Bürgerrechtler, das ist ja das Milieu, aus dem Sie kommen. Für die war Freiheit wichtig. Ist Freiheit, Freiwilligkeit der Fixstern grüner Politik heute?

Göring-Eckardt: Also Freiheit und Freiwilligkeit sind ja manchmal nicht dasselbe, weil es ja immer darum geht, wie viel Freiheit man auch anderen dann dabei zugesteht. Und wenn man so lange versucht, über Anreize, über Freiwilligkeit Dinge durchzusetzen und dann feststellt, das klappt nicht und das geht halt zulasten meistens ja der Ärmere, der weniger Privilegierte, dann muss man sich als Politikerin oder Politiker darüber Gedanken machen. Für mich heißt Freiheit, vor allem als Bürgerrechtlerin, Freiheit von Ideologie. Ich bin mit einer knallharten Ideologie aufgewachsen. Ich würde immer sagen, das Entscheidende bleibt ja, selbst die Freiheit zu

haben, noch einmal neu darüber nachzudenken, anzunehmen, dass die andere Person, sogar der Mensch aus einer anderen politische Partei auch recht haben könnte, zu überlegen, hat sich vielleicht etwas geändert, hat sich die Umwelt geändert und muss ich deswegen das, was ich noch vor fünf Jahren total richtig fand und wofür ich vielleicht sogar in den Wahlkampf gezogen bin, noch einmal neu überlegen. Und diese Fragen, um die geht es, wenn es um Freiheit geht, nicht darum, dass die einen wissen, wie es geht, und die anderen nicht. Und es geht auch nicht einfach nur um Freiwilligkeit. Das wäre schön, wenn alle Menschen so einsichtig und vernünftig wären, dass das funktioniert. Dann bräuchten wir auch keine Straßenverkehrsordnung.

Meurer: Sie kommen aus Thüringen, Mitgründerin des „Demokratischen Aufbruchs“, „Demokratie jetzt“ - alles lange her. 35 Jahre, damals diese Begeisterung für die Demokratie, für die deutsche Einheit. Wann haben Sie in den letzten 35 Jahren gespürt oder zu spüren begonnen, hier läuft etwas nicht so, wie es laufen sollte, die Akzeptanz für die parlamentarische Demokratie hält sich im Osten ein wenig doch in Grenzen?

Göring-Eckardt: Es gibt natürlich kein Jahr, aber die Bürgerrechtsbewegungen sind schon bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen nicht auf ein besonders hohes Ergebnis gekommen. Damals sind sogar die westdeutschen Grünen aus dem Parlament geflogen und eine Gruppe ostdeutscher Bürgerrechtler hat sozusagen die Sitze einigermaßen warmgehalten, weil die es noch geschafft haben, ins Parlament zu kommen. Und es geht aber nicht nur um Bündnis 90 oder Bündnis 90/Die Grünen, sondern es hatte natürlich immer eine Skepsis, ob das, was versprochen worden ist, wir erinnern uns an Helmut Kohl und die blühenden Landschaften, ob das auch gehalten wird.

Meurer: Es ging um das Materielle in den Wünschen der Ostdeutschen?

Göring-Eckardt: Ja, „der Ostdeutsche“ ist ja immer so eine schwierige Angelegenheit. Die Bürgerrechtler waren ganz, ganz wenige, die die Revolution angestoßen haben, anders als beispielsweise in Polen. Da war es die eine Gewerkschaftsbewegung, und es waren ganz, ganz viele, Hunderttausende von Menschen dabei. In Ostdeutschland, die konnte man irgendwie jetzt nicht an drei Fingern abzählen, aber das war sehr überschaubar. Und das war etwas anderes. Ja, es ging auch um das Materielle. Es ging natürlich immer um die Freiheit zu reisen, die Freiheit zu reden. Mir ist persönlich die Freiheit zu denken und zu reden und sagen zu können und eine Meinung zu haben und die öffentlich zu artikulieren, wichtiger gewesen als für andere vielleicht eine materielle Sicherheit, aber trotzdem ist das ja legitim, Sicherheit haben zu wollen. Und Freiheit geht eben auch nicht ohne Sicherheit und eine Perspektive haben zu wollen. Und Unternehmen sind zusammengebrochen massenweise. Und das hatte eine große Verunsicherung zur Folge, weil da nicht automatisch etwas Neues und vielleicht sogar etwas Besseres entstand, sondern erst einmal Arbeitslosigkeit, Eltern konnten ihren Kindern die Welt nicht erklären, weil sie nicht wussten,

wie dieses neue System funktioniert. Und diese Verunsicherung hat sich durchgetragen.

Meurer: Was hätte man im Nachhinein an welcher Stelle besser machen können, um der Verunsicherung und es hat sich so vieles verändert, um da mehr eine Botschaft senden zu können, die parlamentarische Demokratie, es gibt kein besseres Modell, Stand jetzt?

Göring-Eckardt: Ja, Stand jetzt, also das eine ist, ich glaube, von Anfang an hätten wir alle gemeinsam mehr darauf Wert legen müssen, mehr Menschen daran zu beteiligen, was geschieht. Und für viele war die Wahrnehmung, das, was die jetzt im Westen da gemacht haben, das sollen wir jetzt hier nachmachen, nur unter schlechteren Bedingungen. Und das ist natürlich nicht besonders schön, nicht besonders visionär, nicht mit besonders viel Leidenschaft verbunden. Und das andere ist, wir hätten auch von Anfang an sagen müssen, Moment mal, Baseballschläger-Jahre, das war in den 90ern. Da fing es an damit, dass Gewalt gegen Menschen, die irgendwie anders waren, ausgeübt worden ist. Es wurde so dargestellt, häufig so dargestellt, als ob das ja nun irgendwie ganz wenige sind und man da auch nicht so genau hingucken muss und ist auch nicht so schlimm. Und das war in Ostdeutschland so. Es war aber auch in Westdeutschland, es wurden Flüchtlingsunterkünfte angezündet, wir erinnern uns an Mölln, an andere Orte. Und wir haben immer so ein bisschen so getan, also ob das mit dem Mainstream, mit der Gesellschaft insgesamt nichts zu tun hat. Und ich glaube, das ist ein Fehler gewesen. Wir hätten von Anfang an sagen müssen, Moment mal, welches Land wollen wir sein, wie wollen wir zusammenleben, und was bedeutet das sehr konkret für uns, dass alle sicher leben müssen. Und diese erhöhte Aufmerksamkeit für das Mitmachen und für das gewollte Mitmachen auf der einen Seite und für Klarheit, Anstand, Demokratie, auch als Erleben, das war uns, glaube ich, nicht wichtig genug in der Zeit, weil wir dachten, es ist doch klar, es wird schon klappen.

Meurer: Wie kann man beides erreichen, dass man sagt, es ist völlig inakzeptabel, wenn Gewalt im politischen Raum verwendet wird, wenn eine Sprache verwendet wird, die zu Gewalt aufrufen kann, und gleichzeitig sagen uns viele Ostdeutsche, übrigens auch in Hörerbriefen hier an den Deutschlandfunk: „Wir können nicht mal unsere Meinung sagen. Das ist ja geworden wie in der DDR.“

Göring-Eckardt: Ja, darauf sollte niemand reinfallen, weil jede und jeder kann ja die Meinung sagen, die er hat. Man kann sogar welche zitieren, die andere Leute haben. Man muss halt nur damit rechnen, dass man Widerspruch kriegt und dass man mit diesem Widerspruch auch umgehen muss. Und manchmal muss man ihn aushalten, manchmal begibt man sich sogar in eine Debatte dabei. Manchmal entscheiden ganze Dorfgemeinschaften, wir reden lieber nicht mehr über Politik und machen nur noch andere Sachen zusammen. Wir haben ja gerade Feiertage auch hinter uns, und ich erlebe jedenfalls, dass in Familien gesagt wird: „Also wenn jetzt dieser Onkel

wiederkommt, und der hat folgende Ansicht“, ich will jetzt gar keine zitieren, weil das kann ja sehr unterschiedlich sein, „dann lass uns lieber über was anderes sprechen.“ Und ich erlebe eine Dorfgemeinschaft, die sich wirklich fast zerlegt haben über politische Fragen und nicht mehr miteinander umgehen konnten, sich angeschrien haben oder argwöhnisch waren und die dann gesagt haben: „Okay, wir müssen jetzt erst einmal wieder zusammenfinden und danach dann vielleicht auch wieder über Politik reden.“ Und ich finde es erst einmal einen erwachsenen Umgang, auch wenn das für mich als Politikerin furchtbar ist. Ich möchte natürlich, dass alle über Politik reden, darüber nachdenken, wie wir es am besten machen und welche Möglichkeiten es gibt in Stadt und Land und so, aber ein Gemeinsames, Verbindendes zu finden, ist erst einmal richtig und etwas Gutes.

Meurer: Die Grünen sind ja vor allen Dingen sozusagen im Visier härtester Kritik, die auch Sie selbst im Alltag zu spüren bekommen, vermute ich. Robert Habeck soll mittlerweile über 800 Strafanzeigen gestellt haben gegen Bürger, die ihn beleidigt oder bedroht haben, Annalena Baerbock über 500. Haben Sie auch schon mal Strafanzeige erstattet?

Göring-Eckardt: Ja, und ich habe nicht gezählt. Ich kann mit keiner Zahl aufwarten, aber ja klar habe ich das gemacht. Es gibt auch so einen Moment, wo man dann sagt, okay, man kann sich das jetzt alles meinen, immer gefallen lassen zu müssen, aber es gibt dann so einen Moment, wo man sagt, das geht jetzt nicht mehr, jetzt muss Strafanzeige erstattet werden. Es gibt ja auch eine Polizei, die dann sagt: „Hier, wir haben folgendes Delikt. Wollen Sie Anzeige erstatten?“ Und das ist schon das, was ich auch tue.

Meurer: Und das wird dann schon wieder als Knüppel gegen die Grünen herausgeholt, dass Sie Strafanzeigen stellen gegen Leute, die ihre Meinung sagen. Nehmen wir Robert Habecks „Schwachkopf“. Ein Rentner bezeichnete, beleidigte ihn als Schwachkopf. Muss man da Strafanzeige stellen?

Göring-Eckardt: Na ja, was da passiert ist, ist ja hinterher eigentlich das Entscheidende. Also das kann man immer nur im Einzelfall entscheiden. Es ist ja auch nicht das Einzige gewesen. Und diese Person, wenn ich das richtig verstanden habe, die hat ja auch noch einiges andere gemacht. Es hieß dann plötzlich, da hat dann die Polizei vor der Tür gestanden wegen dieses Wortes. So war es nicht, aber die Story hält sich natürlich fest. Und am Ende fängt es ja so an. Und dann kommen Drohungen, und dann kommen Gewaltandrohungen, und dann kommt Gewalt oder wie bei mir, dass Hundekot im Briefkasten ist oder irgend so was. Und deswegen ist es auch nicht so einfach, die Grenze zu ziehen. Man zuckt erst mal die Schultern und weiß aber nicht, wo es dann aufhört oder wo es eben leider nicht aufhört.

Meurer: Also selbst das mit dem Hundekot ist natürlich absolut inakzeptabel, aber Beleidigungen, gleich eine Strafanzeige zu stellen, das wird ja schon wieder als Munition gegen die Grünen verwendet, eben „ihr akzeptiert die Meinungsfreiheit nicht“. Warum trifft das die Grünen so mit dieser gnadenlosen Härte, dieser Hass?

Göring-Eckardt: Ich glaube aus zwei Gründen. Der eine Grund hat damit zu tun, dass wir eine Partei sind, die sagen, wenn wir weiterhin in Wohlstand leben wollen, wenn wir weiterhin wollen, dass es allen einigermaßen gutgeht, dann werden wir Dinge verändern müssen. Und Veränderungen sind für manche Leute etwas Großartiges und für sehr viele aber erst einmal etwas Bedrohliches, etwas Unbequemes. Es ist nicht gerade kommod, wenn man sich eingerichtet hat und dann soll es wieder anders werden. Das andere ist aber, und das ist viel problematischer, dass diejenigen, die mit Falschinformationen, mit Spaltung unterwegs sind bis hin zum Kreml, die sich die Grünen ausgesucht haben, weil sie natürlich am weitesten weg sind von dem, was Putin will, weil sie nicht mehr wollen, dass Autokraten auf dieser Welt Einfluss nehmen können. Und deswegen hat es eben auch mit dem zu tun, was im Netz passiert, an Einflussnahme passiert, die man häufig auch selber im ersten Anlauf gar nicht spürt. Und das ist der anderer Grund dafür, und den sollten wir sehr, sehr ernst nehmen, nicht nur als Bündnis Grüne, sondern insgesamt in der deutschen Politik, gerade in Zeiten, wo wir einen Wahlkampf vor uns haben.

Meurer: Sie wollen ja ein Demokratiefördergesetz, das kommt jetzt nicht mehr zustande, weil eben die Ampel geplatzt ist. Kann man Demokratie per Gesetz fördern?

Göring-Eckardt: Nein, Demokratie kann man leben, und das können auch nicht die Politiker machen mit der Demokratie, sondern das funktioniert nur, wenn möglichst viele Leute mitmachen an der Stelle, an der sie sind, aber ein Demokratiefördergesetz unterstützt diejenigen, die daran in besonderer Weise arbeiten. Und darum geht es. Es gibt in meiner Heimat und in ganz Deutschland Vereine, die sich das auf die Fahnen geschrieben haben. Und die einen verbinden das mit Kultur oder mit Dorfentwicklung. Die anderen kümmern sich um bestimmte Personengruppen. Und das ist richtig, richtig gut, dass sie das tun. Und die haben ganz oft die Hälfte der Zeit damit zu tun, Anträge zu stellen, irgendein Förderprogramm zu finden oder, oder, oder, oder eben gar kein Geld zu haben für elementare Grundausstattung, elementare Arbeit. Und auch dafür ist ein Demokratiefördergesetz etwas Gutes.

Meurer: Interview der Woche im Deutschlandfunk mit der Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages, Katrin Göring-Eckardt. Wir haben diesen furchtbaren Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg erleben müssen. Ein Asylbewerber aus Saudi-Arabien, aber islamophob, ein AfD-Fan, das ist der Täter und damit eine ziemlich krude Mischung in den Motiven für den Anschlag. Was sind für Sie Ihre Lehren aus diesem schrecklichen Fall?

Göring-Eckardt: Ja, mindestens verwirrt war der ja offensichtlich auch noch. Und was sind die Lehren? Ja, wir müssen vorsichtig bleiben und uns anschauen, sind da

wirklich Fehler gemacht worden. Und wenn da Fehler gemacht worden sind, muss aus diesen Fehlern gelernt werden. Für mich bleibt ganz zentral, dass wir eine gute Ausstattung von Polizei und Sicherheitsbehörden haben, dass die gut zusammenarbeiten, damit wir alles dafür tun, dass so etwas möglichst nicht passiert. Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit, das wissen wir alle, aber damit wir alles dafür tun, dass es möglichst nicht passiert, ist das notwendig.

Meurer: Arbeiten die Behörden nicht gut genug miteinander? Tauscht man sich nicht genug aus?

Göring-Eckardt: Ich glaube, dass alle versuchen, sich gut auszutauschen, aber es gibt natürlich immer auch Grenzen der Möglichkeiten. Und wenn man erst einen ewigen Antrag schreiben muss, bis der dann bei der richtigen Stelle ist, und dann geht es wieder zurück, und das erzählen mir jedenfalls viele aus den Sicherheitsbehörden. Da brauchen wir mehr Vernetzung, und wir brauchen auch mehr Unterstützung. Ich habe an Heiligabend eine Polizeidienststelle besucht in einem Landkreis, der hat 1.500 Quadratkilometer und 200.000 Einwohner, so ungefähr. Und die haben mir zwei Dinge erzählt. Als ich sie gefragt habe, was ist gerade los, was beschäftigt sie am meisten, häusliche Gewalt, ganz zentral. Auch das haben wir übrigens nicht geschafft, Frauen besser zu schützen. Das war ja auch noch ein Vorhaben der Ampel. Und das Zweite, was sie gesagt haben: „Wir sind nicht gut ausgestattet. Wir haben für diesen riesigen Flächenkreis fünf Einsatzwagen, und nicht immer sind alle mit zwei Personen besetzt.“ Und dann stellen wir uns vor, es passiert irgendwas. Und schon an diesem Beispiel, da sind wir noch gar nicht bei einer Menschenansammlung wie auf einem Weihnachtsmarkt, an diesem Beispiel sehen wir, da ist mit der Ausstattung etwas nicht in Ordnung. Und deswegen brauchen wir neben größerer Vernetzung und besseren Strukturen auch eine bessere Basisausstattung für unsere Sicherheitsbehörden.

Meurer: Also Sie fordern, und die Grünen fordern mehr Geld für die Sicherheitsbehörden. Mancher wird jetzt sagen, hoppla, die Grünen sind jetzt dafür, mehr Geld für Polizei, Verfassungsschutz und so weiter auszugeben?

Göring-Eckardt: Ja, Punkt, ja, natürlich.

Meurer: Ist das jetzt im Wahlkampf, oder bleibt das darüber hinaus?

Göring-Eckardt: Nein, das bleibt, das war auch schon so, das ist nicht neu, was ich jetzt Ihnen sage, obwohl natürlich Schlagzeilen immer schöner sind, wenn sie ganz neu sind, aber wir sagen das schon sehr lange, weil wir finden, dass Freiheit und Sicherheit miteinander zu tun haben, dass es immer darum geht, dass Menschen in ihrem Alltag geschützt sind, dass sie sich darauf verlassen können, dass die Sicherheitsbehörden wirklich gut funktionieren.

Meurer: Werden die Grünen sich bewegen nach der Wahl bei den Themen Abschiebung und Verbrechensbekämpfung?

Göring-Eckardt: Also Verbrechensbekämpfung ja, und natürlich, also das gehört ja dazu, wenn man sagt, man will mehr Sicherheit, das ist ja logisch. Ich finde, jemand, der hier eine Straftat begangen hat, die gravierend ist, der muss auch abgeschoben werden und sollte das auch bald. Das ist so das eine. Ja, das andere ist, wir haben in Deutschland zig Haftbefehle, die nicht durchgeführt werden können, auch wegen Personalmangel und aus anderen Gründen. Da sind Gewaltdelikte dabei. Also da geht es auch nicht nur um Menschen mit Migrationshintergrund. Und ich finde, wenn wir uns anschauen, was gerade in und um Magdeburg passiert, dass jetzt wieder die Migrantinnen und Migranten an allem schuld sein sollen, das treibt unsere Gesellschaft auseinander. Das Krankenhaus in Magdeburg, das funktioniert überhaupt nur, weil dort Menschen arbeiten, die von woanders herkommen. Und das ist nicht nur in Magdeburg so. Das ist in allen Regionen in unserem Land so. Und nicht nur diejenigen, die das ja im Krankenhaus machen oder im Gesundheitssystem, diejenigen, die es im öffentlichen Nahverkehr machen, diese Menschen leben hier glücklicherweise, gehören hier dazu. Und die schämen sich doch am meisten dafür, dass es dann welche gibt, die gewalttätig werden und die sich in keiner Weise mit unserer Gesellschaft auseinandersetzen wollen. Und deswegen ja, Gewalttäter abschieben ist richtig, aber nicht erst einmal alle unter Verdacht stellen. Das treibt uns auseinander, das bringt uns gar nichts. Und das hat weder etwas mit Anstand zu tun noch mit Würde noch mit gesellschaftlichem Zusammenhalt, die wir so sehr brauchen.

Meurer: Frau Göring-Eckardt, Sie werden selbst weitermachen als Abgeordnete und wieder antreten für den Deutschen Bundestag. Haben Sie da, als Sie diese Entscheidung gefällt haben, getroffen haben, auch überlegt, aufzuhören, auch angesichts der vielen Anfeindungen gegen Grünen-Politikerinnen und -Politiker, über die wir ja gesprochen haben?

Göring-Eckardt: Also ich sage einmal vorab, ich bedaure, dass viele der Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich Politik gemacht habe, aus anderen Parteien, Yvonne Magwas, meine Kollegin im Präsidium beispielsweise von der Union aus dem Vogtland, die gesagt hat: „Ich kann das meiner Familie nicht mehr antun. Ich mache das einfach nicht mehr.“ Und das finde ich sehr, sehr schade, dass man danach heute auch entscheiden muss, gerade wenn man Familie hat. Ich selber habe es eher ein bisschen andersherum gedacht. Ich habe so ein bisschen, ich stampfe mit dem Fuß auf und sage, nee, ihr kriegt mich hier bestimmt nicht weg, nicht mit euren Anfeindungen, nicht mit euren Beleidigungen, nicht mit dem Versuch, die Demokratie zu unterhöhlen. Also bei mir war es andersherum, aber am Ende entscheidet es ja erst einmal die eigene Partei. Und meine hat mir das Vertrauen ausgesprochen mit einer Zustimmung, wie ich sie noch nie hatte. Auch das ist natürlich sehr berüh-

rend. Ich war zweimal Spitzenkandidatin für die Bundespartei mit einer Urwahl gewählt, und jetzt hat mein Landesverband gesagt: „Wir wollen auf jeden Fall, dass du das weitermachst“, und das ist auch ein Rückenwind, der mich zusätzlich motiviert.

Meurer: Katrin Göring-Eckhardt, Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages von Bündnis 90/Die Grünen, herzlichen Dank für das Interview, schöne Grüße nach Berlin.

Göring-Eckardt: Ganz herzlichen Dank Ihnen.